

## Vergleichende Politikwissenschaft

-Teildisziplin der PW

-Empirisch-Analytische Sozialwissenschaft, die soziale Phänomene erklären und damit auch Vorhersagen will.

-Sie Definiert sich durch Methode, Theorie und Untersuchungsgegenstand. Hauptmerkmal dabei ist die vergleichende Methode.

Ordnungskriterien:

- Makroebene: Gesellschaften, politische Systeme, Länder,
- Mesoebene: Organisationen
- Mikroebene: Individuum

3 Grundrichtungen:

- Rationalistischer Ansatz
- Strukturalistischer Ansatz
- Kulturalistischer Ansatz

3 Vergleichsarten

- Regional (Länder, Kontinente, Kantone)
- Funktional (z.B. verschiedene Policies)
- Zeitlich (z.B. vor nach 911)

Die 5 I's der vergl. Politikwissenschaft:

- Internationaler Kontext
- Institutionen
- Ideen, Interessen, Individuum (Akteure und Prozesse)

Partizipation:

Generell in westl. Demokratie:

- Wählen weitverbreitet, alternative Partizipationsformen werden nur von Minderheiten gebraucht.
- Institutionelle Partizipationsformen nehmen ab, nicht-institutionelle nehmen zu.

Politischer Partizipation ist eine freiwillige, aktive Tätigkeit mit Bezug auf das politische System und bezieht sich auf die Rolle des Individuums als Bürger.

Unterscheidung von institutionalisierter und nicht institutionalisierter Partizipation.

Kitschelt und Rehm haben 2 Modelle für die Unterscheidung von den verschiedenen Formen politischer Partizipation entworfen:

- Unterscheidung nach Intensität und Arena (Wahlarena (dominiert durch die Parteien), Arena der Interessensvermittlung (dominiert durch die Interessensverbände) und Öffentliche Arena (dominiert durch die NSB)
- Unterscheidung, nach Risiko der Partizipation: Rechtlich verankert, rechtlich nicht verankert, aber Toleriert; rechtlich verboten (milde Sanktionen) und rechtlich verboten (schwere Sanktionen)

Partizipation ist nicht selbstverständlich:

- Olson: Birgt das Problem des Trittbrettfahrertums
- Downs: Paradox of voting

Wieso wird trotzdem Partizipiert:

- Moralische Überzeugung
- Sozialer Druck
- Akt der Partizipation, als Befriedigung
- Fehleinschätzung der Kosten/Nutzen

Mikroebene:

Socio Economic Status-Modell von Verba & Nie (kann min wenig Annahmen viel erklären, aber es fehlt die genaue Erklärung wieso diese Korrelation existiert):

- Bildung
- Beruf
- Einkommen

- Ergänzt durch Alter und Geschlecht

Ressourcen Modell von Bardy, Schlozman und Verba. Erklärt wieso gewisse Leute nicht Wählen und Konzentriert sich dabei auf Ressourcen (genauer als SES-Modell und nur Geld ist abhängig vom SES. Ressourcen variieren von der Partizipationsform):

- Geld
- Zeit
- Civic skills
- Partizipationsformen sind: Wählen, Spenden und Persönliches Engagement

Weitere Relevante Faktoren sind:

- Einstellung
  - o Links-rechts Orientierung
  - o Interesse, politisches Vertrauen
- Einbindung in ein Netzwerk: Vor allem bei Ressourcenarmen Individuen wichtig.

Makroebene:

Institutionell:

- Wahlpflicht
- Wichtigkeit der Wahl
- Wie schwer ist es sich für die Wahlen Registrieren zu lassen
- Häufigkeit von Wahlen
- Wahlsystem (Proporz oder Majorz) ?
- Wahl an einem Ruhetag ?

Nicht-institutionell:

- Soziale Verankerung der Parteien
- Perzipierte Knappheit der Wahlen

Politische Kultur, Werte und Einstellungen:

Der Begriff der politischen Kultur bezieht sich auf die spezifische Verteilung von politischen Werten und Einstellungen in der Bevölkerung. Die Methode dazu ist die repräsentative, standardisierte Umfrage. Im Gegensatz zu früher wo auf Basis von Anekdoten und dünner Empirie ein Bild von nationale Charaktere gezeichnet wurde.

Die politische Kulturforschung bezieht sich immer auf den Zusammenhang von Werten und Einstellungen zur Demokratie, auf den Wandel und die Unterschiede zwischen den Ländern.

The Civic Culture (Almond & Verba)

- Frage: Was braucht es damit eine Demokratie überlebensfähig ist.
- Ausgangspunkt: politische Einstellungen und Kompetenzen der Bürger sind ausschlaggebend. Kongruenzthese von Eckstein: Politische Struktur=politische Kultur -> Stabilität des pol. Systems.
- Quasiexperimentelles Forschungsdesign: vergleicht (GB, Mexiko, USA, Deutschland und Italien) Standardisierte, quantitative Umfragen.
- Def. von Pol. Kultur: Verteilung von Einstellungsmustern gegenüber politischen Objekten in einem Land. Pol Objekte sind:
  - o Politisches System allgemein
  - o Input-Objekte
  - o Output-Objekte
  - o Rolle als Staatsbürger selber
- Dimensionen politischer Einstellungen:
  - o Kognitiv (Wahrnehmung, Wissen)
  - o Affektiv (emotional)
  - o Evaluativ
- 3 Idealtypen von politischer Kultur):
  - o Provinzielle Kultur: fehlendes pol. Bewusstsein. Tiefer pol. Bildungsstand. Geringe pol. Partizipation. Man orientiert sich an keinem pol. Gegenstand

- Untertanen Kultur: Man nimmt das politische System aus der Sicht eines Dieners oder eines Konsumenten war, aber man partizipiert nicht. Deshalb: Nur das politische System Allgemein und die Output Objekte werden als politische Objekte bewertet.
- Partizipative Kultur: politische Bildung und Interesse sind vorhanden. Bürger beteiligen sich aktiv in der Politik. Alle 4 Objekte werden bewertet.
- Bürger Kultur/Civic Culture als Mischung aus allen 3. Ist die beste Kultur für eine Demokratie. Gleichgewichte
  - Konsens – Konflikt
  - Macht - Responsivität
  - Affekt – Affektneutralität
- Lob:
  - Pionierstudie, die das Potential der neuen Methode der Umfrage aufzeigt
  - Gelungene Verbindung zwischen normativer Fragestellung und empirischer Studie
  - Inspiriert unzählige Folgestudien
- Kritik:
  - Ethnozentrismus: Ausrichtung aus angelsächsische Demokratien
  - Unklare Kausalität
  - Ist zu viel Bürgerengagement wirklich schlecht für die Demokratie

Ron Inglehart: Stille Revolution von Materialismus zum Postmaterialismus

- Baut auf der Mangelhypothese/Bedürfnisspyramide von Maslow auf. Zuerst kommt das Fressen dann die Moral.
- Baut auf der Sozialisationshypothese auf. Einstellungen und Werte bilden sich im Alter zwischen 10 und 20 und sind ab dann stabil gegenüber äusseren Schocks
- Materialistische Werte:
  - Sicherheit, Armee
  - Wohlstand
  - Autorität
- Postmaterialistische Werte
  - Individuelle Freiheit/Toleranz
  - Partizipation
  - Umweltschutz
- Kritik:
  - Einstellung beruht nicht auf Kohorten sondern auf periodische Effekte
  - Wertewandel verläuft nicht zwingend in eine Richtung (Verlangsamung des Wertewandels)
  - Der Wertewandel vollzieht sich nicht auf einer Dimension sondern auf mindestens 2.
    - Verschiebung von ökonomischen zu kulturellen Themen in der Politik
    - Verschiebung von autoritärer zu libertärer Werteorientierung.

World Value Survey: Periodische Umfrage zu Werten. Schweiz ist im int. Vergleich relativ Postmodernistisch. These trifft mehr oder weniger auf die Schweiz zu, es gibt zwar periodische Schwankungen, aber insgesamt sind die jüngeren Generationen vermehrt postmaterialistisch eingestellt.

Making democracy work: Welche Rolle haben civic traditions auf die staatliche

Leistungsfähigkeit/Performanz:

- UV: civic traditions. Soziales Kapital. Generalisiertes Vertrauen, Normen und Netzwerke zivilgesellschaftlichen Engagements
- AV: Demokratische Performanz: Responsivität & Effektivität
- Quasiexperimentelles Design. Regionen Italiens nach den Reformen in den 70er Jahren.
- Resultat ist culture matters, denn diese sind auch historisch nachverfolgbar. Zweitrangig sind dabei Institutionen und der sozioökonomische Entwicklungsstatus.

## Rational Choice:

Basiert auf Folgenden Annahmen (letzte 2 nur in der klassischen Version):

- Homo oeconomicus, also der Mensch als Nutzenmaximierer oder Kostenminimierer
  - o Expected utility. Nutzen aber noch unbestimmt
- Transitive Präferenzen.
- Methodologischer Individualismus
- Universelles Menschenbild, unabhängig von Ort und Zeit
- Vollständige Information
- Menschen sind egoistisch.

Vorteil des RC-Ansatzes ist, dass es sparsam ist und sich daraus falsifizierbare Hypothesen ableiten lassen. Der RC-Ansatz erklärt auch die Kausalitäten.

Anthony Downs:

- Parteien als Stimmenmaximierer
- Wähler als Nutzenmaximierer -> Parteiendifferential (Entfernung der Parteien untereinander)
- Medianwählertheorem. Gilt unter der Annahme, dass es nur eine Konkurrenzdimension gibt und die Wählerpräferenz unimodal ist, also die Verteilung eingipflig ist.
- Kritik:
  - o Paradox of voting.
  - o Mehrparteien machen rationale Entscheidungen extrem schwierig.
  - o Rational Ignorance.
  - o Politik ist nicht immer wie ein Markt
  - o Es gibt mehr als nur eine Wettbewerbsdimension
- Grenzen: Häufig weicht die Empirie von der Theorie des klassischen RC ab und auch wenn sich die Menschen bemühen rational zu handeln, scheitern sie meistens.

Befunde, die dem RC-Ansatz widersprechen:

- Inkrementelles Budgetieren (Wildaswky): Bei der Budgetsetzung für das folgende Jahr entscheiden die Organisationen meistens nicht rational, sondern sie orientieren sich am Budget des vorherigen Jahres und an Fairness-Kriterien.
- Organisationsroutinen (March et al.) Auch bei wichtigen Entscheidungen gehen die Organisationen nach fixen Normen und Prozeduren vor, statt rational zu handeln. Deshalb ist Lernen schwerfällig und konfliktreich.
- Policy-Agenda (Kingdon, Baumgartner & Jones). Aufmerksamkeit ist eine knappe Ressource. Der Fokus wird aber meist nicht rational ausgerichtet, sondern auf politische Konflikte, spektakuläre Ereignisse und nach Emotionen.
- Framing und Risikoaversion können eine davon abhalten rational zu entscheiden (Kahneman & Tversky 1979)
- Meistens verhalten sich die politischen Akteure auch überkooperativ. Rein rational wäre eine kleinstmögliche Koalition die richtige Entscheidung, weil man dann seine Präferenzen am direktesten umsetzen könnte. Erklärungen dafür sind Institutionen, nicht teilbare Güter und der sog. Schatten der Zukunft (Axelrod), also dass man weiß, dass man möglicherweise mit dem Kontrahenten in der Zukunft kooperieren muss und ihm deshalb entgegenkommt.
- Ostrom (2000) hat aufgezeigt, dass das Trittbrettfahrerproblem allgegenwärtig sein müsste, aber sie fand viele Beispiele, wo sich das erwartete Kooperationsproblem durch Selbstorganisation lösen liess. (z.B. durch Normen oder Sanktionsmassnahmen)

Wichtige Weiterentwicklungen:

- Bounded Rationality (Herbert Simon) Locker die klassischen RC-Annahmen
  - o Unvollständige Information
  - o Satisficing, statt maximising
    - Über Optionen wird nicht parallel sondern sequentiell entschieden, was das Agenda-Setting Einfluss auf die Entscheidung nehmen lässt.
    - Selbst gesteckte Grenzen.
    - Kurzfristige Erwägungen dominieren gegenüber den Langfristigen den Entscheidungsprozess.

- In der Praxis: Nudges (libertärer Paternalismus)
- Behavioral Economics
- Thin Rationalism (Margaret Levi)
  - Nicht auf Egoismus beschränkt
  - Auch Moralische Werte und soziale Normen können Handlungsmotive sein.
  - Diese Lockerungen machen den dünnen Rationalismus zwar realitätsnaher, aber dadurch wird das Modell wesentlich komplexer und schwerfälliger. Weiter besteht die Gefahr der Tautologie, weil es am Schluss alles sein könnte, was den Menschen zu einer Handlung motiviert. Auf die Frage wann welches Motiv zur Geltung kommt kennt die Theorie keine Antwort.

## Neo-Institutionalismus

	Rational Choice Institutionalismus	Historischer Institutionalismus	Soziologischer Institutionalismus
<i>Wissenschaftliche Weltanschauung/Grundannahmen</i>	Methodologischer Individualismus  Maximierendes und strategisches Verhalten von Individuen  Calculus approach	Modifizierter Egoismus („dünnere“ Rationalismus)  Handlungen und Handlungsmotive durch institutionellen Kontext sowohl beschränkt als auch strukturiert  Calculus & cultural approach	Holismus, Konstruktivismus  Kollektive Identitäten, geteilte Vergangenheit/ gemeinsame Erfahrungen  Cultural approach
<i>Typisches Forschungsdesign</i>	Hypothesen werden anhand von einzelnen Beispielen illustriert  Quantitative Überprüfung (statistische Methode)	Historische Soziologie  Vergleichende Fallstudien oder Einzelfallstudien	Fallstudien zu kulturellen und kognitiven Deutungsmustern
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig (Entscheidungsprozesse)	Langfristig (Effekte von einmal getroffenen Entscheidungen)	Langfristig
<i>Definition von Institutionen</i>	Regeln, Prozeduren („rules of the game“)	Formelle & informelle Regeln, Normen	Normen, Regeln, Kultur (Symbole, Mythen)
<i>Rolle der Institutionen in Bezug auf menschliches Handeln</i>	I. als intervenierenden Variable; I. als gewachsene Beschränkung und Chance	I. als intervenierenden Variable; I. als situative Beschränkung und Chance	I. als wichtige unabhängige Variable; I. als kulturelle Beschränkung
<i>Präferenzbildung</i>	Exogene, fixe Präferenzen (ausserhalb des Modells)	Zumindest tlw. endogene Präferenzen, die Schaffung von Institutionen beeinflusst Präferenzen	Präferenzbildung als endogener Prozess  Handelnde Akteure konstituieren sich erst über Institutionen (Identitäten und Interessen folgen daraus)
<i>Schaffung von Institutionen</i>	Verteilungskonflikte, Reduktion von Transaktionskosten und Lösung kollektiver Dilemmata als Motivation	Delegation; selbstaufrechterhaltende und potentiell expansive Eigendynamik von bestehenden Institutionen	Evolutionär; gelegentlich abrupter Wandel aufgrund von neuen Ereignissen oder Neu-Interpretationen
<i>Wandel von Institutionen</i>	Aushandlungsprozess („bargaining“), evolutionäre Selektion	Kontingenter Prozess mit Pfadabhängigkeit & nicht-intendierten Folgen	Erinnerungsprozesse – Mythologisierung prägender Ereignisse

### Neo-Institutionalismus, als Wiederentdeckung der Institutionen:

- Traditioneller Institutionalismus (formal, staatsrechtlich) legalistisch, formalistische und Konzentrierte sich auf die zentralen Verfassungsorgane (Exekutive, Legislative und Judikative)
- Behavioralismus. Fokus auf das Verhalten statt Institutionen. Ab 1950er
- Neo-Institutionalismus als Reaktion darauf. Ab 1980er.

### Merkmale des Neo-I.:

- Institutionen sind nicht gleich Akteure
- Wie beeinflussen Institutionen das Verhalten von Akteuren
- Wie entstehen/verändern sich Institutionen.
- Institutionen als intervenierende, antezedierende oder unabhängige Variable.

### Definition von Institutionen:

- Sie sind die formellen und informellen Spielregeln der Politik
- Sie sind relativ stabil und dauerhaft
- Sie strukturieren das Verhalten, durch ihre Ordnungsfunktion und Erwartungssicherheit.

### Rational-Choice Institutionalismus

- Übernimmt die Annahmen des RC :
  - Nutzenmaximierer
  - Feste (exogene) Präferenzen
- Setzt sie in den institutionellen Kontext.

- Hat den engsten Institutionen Begriff im Neo-I.

Ausgangssituation: Was für das Individuum rational ist muss nicht für das Kollektiv gelten (Trittbrettfahrertum etc.), denn Kooperation ist nicht immer rational für den Einzelnen. Lösung: Institutionen, die die Kooperation erleichtern und sozial Dilemmata lösen. Sie ermöglichen stabile Gleichgewichte. Man ändert die Struktur des Spiels, um bessere kollektive Ergebnisse zu erhalten. Gemäss dem RC-I werden verändertern/Bilden sich Institutionen durch (Erklärung von Wandel ist nicht die Stärke des RC-I)

- Evolutionäre Prozesse
- Aushandlung von betroffenen Akteuren untereinander. Die Regeln werden dann zum Gegenstand des Spiels. Sie können dann auch eingesetzt werden, um sich Vorteile zu verschaffen.

Im RC-I haben Institutionen folgende Merkmale. Sie

- Bestimmen die relevanten Akteure
- Sie bestimmen die Menükarte (choice-set)
- Sie bestimmen die Reihenfolge der Alternativen
- Sie bestimmen die erlaubten Interaktionsweise
- Sie reduzieren Unsicherheiten durch
  - o Information
  - o Sanktionsmassnahmen, Durchsetzungsmechanismen

Somit lassen sich distributive Konflikte entschärfen, Informationsprobleme lösen und Transaktionskosten senken.

-Vetospieler-Theorie von George Tsebelis:

Will die unterschiedlich starke Neigung von politischen Systemen zu Policy-Wandel erklären. Für die verschiedenen Typologien wie parlamentarisches System vs. Präsidentielles für er eine übergreifendes Konzept ein: Vetospieler.

- Ein Vetospieler ist ein Akteur, dessen Einverständnis für den Policy-Wandel gebraucht wird, also für die Veränderung des Status Quo. 2 Typen
  - o Institutioneller Vetospieler
  - o Parteipolitischer Vetospieler
- H1. Je mehr Vetospieler es gibt, umso schwerer wird Policy-Wandel
- H2. Je weiter die Vetospieler ideologisch voneinander entfernt sind, umso schwerer ist Policy-Wandel
- H3 Je stärker die Kohäsion innerhalb der Vetospieler, umso schwerer ist Policy-Wandel

Kritik:

- Messung der Präferenzen ist in der Praxis schwer.
- Schwierigkeit der Identifikation der Vetospieler
- Problem, dass alle Vetospieler als Gleichwertig betrachtet werden

Delegation und Rechenschaft in Demokratien: (Strom)

- Vergleicht präsidentielle und parlamentarische Demokratien mithilfe der Prinzipal- Agent theorie
  - o Moral Hazard: Versuchung des Agenten seinen Auftrag mit seinen Interessen zu verwirklichen, statt mit denen seines Auftraggebers
  - o Adverse Selection: Unvollständige Information bezüglich der Optionen führt oft zu suboptimalen Entscheidungen
- Vergleich der parlamentarischen zu präsidentiellen Demokratie:
  - o Einzelne aber längere Delegationskette. Deshalb einfachere Verantwortungszuweisung, aber weniger checks and balances und weniger Konkurrenz.
  - o Mehr ex-ante weniger ex post Kontrollmechanismen
  - o Die Parteien kontrollieren die Delegationskette
- Bewertung der parlamentarischen Demokratie:
  - o Höhere Effizienz
  - o Klarere Verantwortungszuweisung

- Tiefere Entscheidungskosten
- Höhere Gefahr des Agency Loss, aufgrund der längeren Entscheidung und Delegationskette.
- Fazit: Besser vor Adverse selection geschützt, schlechter vor Moral Hazard geschützt.

Polizeistreifen vs. Feueralarm überwachung (McCubbins/Schwartz):

- Polizeistreifenkontrolle: Das Parlament überwacht aktiv, permanent, zentral gesteuert und direkt die Bürokratie.
- Feueralarmprinzip: Das Parlament überlässt die Überwachung Drittakteuren. Somit indirekt, dezentral, passiv/reaktiv
- Ihr Schluss: Feueralarm ist besser, weil es effizienter, kostengünstiger, effektiver ist und man dadurch Schuldzuweisungen verhindern kann.

Historischer Institutionalismus:

- Nimmt sowohl calculus, wie auch cultural Approach zur Hilfe.
  - Calculus Approach: RC
  - Cultural Approach: Berücksichtigung von Normen, Werten, Symbolsystemen, traditionen
- Betont asymmetrische Machtbeziehungen.
  - Institutionen verteilen die Macht ungleichmässig. Sie reflektieren, reproduzieren und vergrössern bestehende Machtverhältnisse. Somit sind der Staat und seine Vermittler keine neutralen Institutionen.
    - 3 Formen von Macht: 1)to get things done 2)Agenda-setting/Choice-Setting Macht 3) Ideologische Macht, dass Asymmetrien nicht infrage gestellt werden.
- Berücksichtigt die zeitliche Dimension:
  - Pfadabhängigkeit
    - Stabilisiert durch Formung von Identitäten und von Zeugung von Interessen
    - Critical juncture
    - Periode inkrementeller Entwicklung.
      - 1. Funktionale Feedback beeinflussen die Motivationsstruktur 2. Distributive Feedbacks: Institutionen verteilen Macht ungleichmässig und die profitierenden Gruppen, wollen diese nicht mehr abgeben.
      - Institutionen produzieren increasing Returns. Es wird immer schwieriger die Richtung zu ändern, auch wenn es manchmal rational wäre die zu tun. -> Ineffiziente Strukturen bleiben erhalten.
    - Folgen für das politische System: Vor dem kritischem Zeitpunkt gibt es mehrere mögliche Gleichgewichte. Kontingenz (kleine Änderungen können langfristig schwere Konsequenzen haben). Die Rolle des Zeitpunkts und der Reihenfolge ist ausschlaggebend. Trägheit, weil Änderungen immer schwerer werden.
  - Unintendierte Konsequenzen
- Wandel im historischen Institutionalismus:
  - Ersatz/Displacement (aprupt oder graduell)
  - Überschichtung/Layering
  - Abweichung/Drift (Wirkung verändert sich weil sich die Umwelt verändert)
  - Umnutzung/Conversion (Eine Regel wird andern genutzt/neu-interpretiert)
- Immergut (1990) Institutions, Veto Points, and Policy Results. A Comparativ Analysis of health Care
  - Wieso divergiert das Ausmass der staatlichen Kontrolle über das Gesundheitssystem in der Schweiz, Frankreich und Schweden
  - Stärke der Ärztevereinigungen hat zu wenig Aussagekraft
  - Erklärung sind die Vetopunkte in den jeweiligen Ländern.
- Pierson (1996) The Path to European Integration

- Kritisiert den Intergouvernementalismus: Er beachtet nur die Einzelnen Verträge zwischen den Staaten und spricht ihnen deshalb zu viel Macht zu. Man sollte nicht nur die Verträge beachten (schnappschüsse) sondern den ganzen Film.
- Gründe für die Fortschreitende Integration auf europäischer Ebene:
  - Autonomie der EU-Institutionen, sie treiben die Integration zwischen den Verträgen voran
  - Unintendierte Konsequenzen der Grand Bargains
  - Instabilität der Präferenz der Mitgliedstaaten
  - Beschränkter Zeithorizont der Politiker
- Gründe wieso die zunehmende Integration nicht/nur schwer rückgängig gemacht werden kann:
  - EU-Institutionen wehren sich die Macht wiederabzugeben
  - Institutionelle Hürden. Schwer Institutionen zu schaffen, mindestens genauso schwer sie wieder abzuschaffen.
  - Pfadabhängigkeit

#### Soziologischer Institutionalismus:

- Basiert auf der Organisationssoziologie (Organisationen handeln nicht rational, sondern auf Basis von Zeremonien) und dem Sozialkonstruktivismus.
- Cultural Approach
- Weitesten Institutionen Begriff: Formell und informelle Regeln, Ganze Symbolsysteme (wie Religionen oder Ideologien), Kognitive Schemata (Frames/ Deutungsstrukturen)
- Die politischen Institutionen gehen dem individuellen Handeln voraus (Zuerst Identität, dann Präferenzen)
- Institutionen werden nicht aus rationalen Gründen übernommen, sondern weil man sie als wünschenswert/legitim betrachtet

#### Exkurs Politische Kultur:

- Subjektive vs. Intersubjektive Perspektive der Kultur.
  - Subjektive Einstellung eines Individuums gegenüber politischen Objekten. Aggregiert gibt es die politische Kultur eines Landes. Man kann sie mit repräsentativen und standardisierten Umfragen
  - Intersubjektive Perspektive: holistisches Verständnis. Kultur ist mehr als die Aggregation aller Einstellungen. Kultur als gemeinsames Bezugssystem einer Gruppe. Ethnographische Methode (Man will verstehen, statt erklären). Beispiele: Sprache, Konventionen, Normen, gemeinsame Erinnerungen, Mythen, Rituale



	<b>Rational Choice Institutionalismus</b>	<b>Historischer Institutionalismus</b>	<b>Soziologischer Institutionalismus</b>
<i>Wissenschaftliche Weltanschauung/Grundannahmen</i>	Methodologischer Individualismus  Maximierendes und strategisches Verhalten von Individuen  Calculus approach	Modifizierter Egoismus („dünnere“ Rationalismus)  Handlungen und Handlungsmotive durch institutionellen Kontext sowohl beschränkt als auch strukturiert  Calculus & cultural approach	Holismus, Konstruktivismus  Kollektive Identitäten, geteilte Vergangenheit/gemeinsame Erfahrungen  Cultural approach
<i>Typisches Forschungsdesign</i>	Hypothesen werden anhand von einzelnen Beispielen illustriert  Quant. Überprüfung (statistische Methode)	Historische Soziologie  Vergleichende Fallstudien oder Einzelfallstudien	Fallstudien zu kulturellen und kognitiven Deutungsmustern
<i>Zeithorizont</i>	Kurzfristig (Entscheidungsprozesse)	Langfristig (Effekte von einmal getroffenen Entscheidungen)	Langfristig
<i>Definition von Institutionen</i>	Regeln, Prozeduren („rules of the game“)  <b>eng</b>	Formelle & informelle Regeln, Normen	Normen, Regeln, Kultur (Symbole, Mythen)  <b>weit</b> →
<i>Rolle der Institutionen in Bezug auf menschliches Handeln</i>	I. als intervenierenden Variable; I. als gewachsene Beschränkung und Chance	I. als intervenierenden Variable; I. als situative Beschränkung und Chance	I. als wichtige unabhängige Variable; I. als kulturelle Beschränkung
<i>Präferenzbildung</i>	Exogene, fixe Präferenzen (ausserhalb des Modells)	Zumindest tlw. endogene Präferenzen, die Schaffung von Institutionen beeinflusst  Präferenzen	Präferenzbildung als endogener Prozess  Handelnde Akteure konstituieren sich erst über Institutionen (Identitäten und Interessen folgen daraus)
<i>Schaffung von Institutionen</i>	Verteilungskonflikte, Reduktion von Transaktionskosten und Lösung kollektiver Dilemmata als Motivation	Delegation; selbstaufrechterhaltende und potentiell expansive Eigendynamik von bestehenden Institutionen	Evolutionär; gelegentlich abrupter Wandel aufgrund von neuen Ereignissen oder Neuinterpretationen
<i>Wandel von Institutionen</i>	Aushandlungsprozess („bargaining“), evolutionäre Selektion	Kontingenter Prozess mit Pfadabhängigkeit & nicht-intendierten Folgen	Erinnerungsprozesse – Mythologisierung prägender Ereignisse

### Europäische Integration:

- Herausforderungen der EU: Träger Entscheidungsprozess, Vorwurf des Demokratiedefizits und zunehmend kontroverse Themen werden in der EU behandelt.
- 2 Dimensionen der Integration: Horizontal und Vertikal (Erweiterung und Vertiefung)
- Bestehen nicht nur aus der EU sondern auch aus vielen anderen supranationalen Organisationen
- Theoretische Strömungen zur Europäischen Integration
  - o Integouvernementalismus: Die nationalen Regierungen haben den Integrationsprozess fest unter Kontrolle
  - o Supranationale Ansätze (wie der Neo-Funktionalismus): Die Kontrolle über den Integrationsprozess entgleitet den nationalen Regierungen und entwickelt eine Eigendynamik. Effekte wie spill-over entstehen
- Auch wenn die EU kein Staat ist, so ist sie ein politisches System, weshalb man darauf die üblichen Politikwissenschaftlichen Methoden anwenden kann. Die EU zeichnet sich durch ein hyperkonsensus System und multi-level governance aus.
- Zentrale Institutionen der EU.
  - o Europäische Kommission:
    - Primäre Exekutive der EU. Exklusives Initiativrecht (Gesetzesvorschläge dem Ministerrat und dem Europäischem Parlamente vorzulegen). Umsetzung des EU-Rechts und Repräsentation der EU nach aussen.
  - o Rat der EU (Ministerrat)
    - Legislative und Exekutive Aufgaben. Besteht aus den Ministern der Mitgliedsländer. Hat ein QMV System, aber in der Regel wird konsensual entschieden.
  - o Europäischer Rat
    - Bestimmt die langfristige Agenda und Verfassungsänderungen. Besteht aus den Regierungschefs und hochrangigen EU-Vertretern.
  - o Europäisches Parlament
    - Andere Hälfte der Legislative neben dem Ministerrat. Wird direkt vom Volk für 5 Jahre gewählt. Wird immer mehr wie ein richtiges Parlament mit konkurrierenden transnationalen Parteigruppen und immer mehr Macht.
    - Europäische Wahlen als second order elections: Nationale Themen beeinflussen die Wahl auf europäischer Ebene.

- Der Gerichtshof der EU
  - Rechtliche Überwachung der Tätigkeiten der EU-Institutionen
  - Überwachung der Mitgliedstaaten, ob sie die EU-Gesetze richtig anwenden und Interpretieren
  - Wichtiger Akteur in der Integration, durch seine proaktive Haltung.
- EU Gesetzgebung: Kommission reicht Vorschlag ein. Sowohl Parlament wie auch der Ministerrat müssen zustimmen. Ähnlich wie ein zweikammeriges Parlament
- Hix (2011) Die EU als Hyperkonsensus System
  - Machteilung/-beschränkung ist institutionalisiert mit einer doppelten Exekutive (Kommission und Europäischer Rat (der die Regierungen vertritt) und einer geteilten Legislative (Ministerrat (Regierungen) und europäisches Parlament). Hinzu kommt ein aktiver Gerichtshof.
  - Konsensuales System: Abstimmungen im Ministerrat de iure nach QMV aber de facto sogar konsensual.
  - Gefahr des Reformstaus
- Die EU als regulatory State, denn (re)distributive Politik ist schwach im Vergleich zu Nationalstaaten:
  - Deregulierung (negative Integration)
    - 4 Grundfreiheiten: Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen.
    - Abbau von Zollschränken, steuerlichen und technischen Hürden
    - Gewinn von Effizienz: Wachstum, Jobs und Wohlstand
  - Reregulierung (positive Integration, Harmonisierung)
    - Wettbewerbspolitik, Umwelt- und Sozialrichtlinien
    - Korrektur für Marktversagen und negative Externalitäten des Binnenmarktes.
  - Währungs- und Wirtschaftsunion als Ergänzung zum Binnenmarkt.
    - Gemeinsame unabhängige Zentralbank und damit Geldpolitik
    - Stability and Growth Pact: Ausgeglichenes Staatsbudget und Verhinderung von übermäßiger Verschuldung.
  - Begrenzte Ausgaben, die vor allem aus Solidarität und als side-payments bei Verhandlungen entstehen:
    - Agrarsubventionen, Regionalpolitik (Struktur-/Regionalunterstützung), Forschung
  - Zunehmend Policies beyond the market:
    - Grundrechte
    - Asyl, Grenzkontrollen
    - Polizeiliche und justizielle Kooperation
    - Aussenbeziehung: Führend in Handels- und Entwicklungspolitik. Immer mehr aber noch schwach in Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.
- Öffentliche Debatte, um Europa als Framing Contest.
  - Kulturelle Argumente
    - Nationale Souveränität, Xenophobie
    - Allgemeine Werte (Freiheit, Solidarität, etc.)
  - Ökonomische Argumente
    - Arbeitsplätze, soziale Sicherheit
    - Wohlstand
  - Weitere: Umweltschutz, politische Handlungsfähigkeit.
- Erwacht der Riese oder schläft er immer noch fest?
  - Vielfältige Opposition aus dem gesamten Spektrum aus verschiedenen Motiven (nationale Identität, Souveränität; social dumping, nationaler Wohlfahrtsstaat)

Vergleichende Methoden:

### Konzepte und Abstraktionshöhen:

- Ist ein Konzept zu breit definiert (abstrakt) besteht die Gefahr der Überdehnung, womit es nichts mehr aussagt. Ist ein Konzept zu eng definiert, besteht die Gefahr, dass es nicht mehr Reisefähig ist.
- Die Vergleichende PW ist ein weites Feld, weshalb es verschiedene Methoden gibt, die sie verwenden. Aber in aller Regel geht es darum, dass man den Effekt der Unabhängigen auf die abhängige Variable erklärt und dabei die Drittvariablen kontrolliert.
- Gemäss Lijphart gibt es 4 Grundlegende Forschungsstrategien
  - o Experimentelle Methode
    - Gezielte Manipulation der unabhängigen Variablen durch den Forscher. Drittvariablen können eliminiert werden.
    - Wird in der PW selten verwendet
  - o Einzelfallstudie
    - Vertiefte Betrachtung eines Einzelfalles. Systematische Überprüfung von Hypothesen und Theorien ist dabei nicht möglich.
    - Typen: crucial case, deviant case, Hypothesengenerierende Studie und deskriptive/interpretierende Fallstudie
  - o Statistische Methode
    - Grosse Anzahl Fälle
    - Kontrolle der Drittvariablen durch statistische Methoden
  - o Vergleichende Methode
    - Kleine Anzahl Fälle (Mittelding zwischen statistische Methode und Einzelfallstudie)
    - Fälle werden so ausgewählt, dass man die Drittvariablen kontrollieren kann, also eine Imitation des Experiments.
    - Gründe können sein: Fall kommt nur selten vor. Sorgfältige Analyse. Pragmatische Gründe wie fehlende Zeit
    - Dilemma der vielen Variablen, wenig Fälle. Gegenmassnahmen gemäss Lijphart: Erhöhung der Anzahl Fälle. Reduktion der Variablen durch die Verwendung von schlankeren Konzepten. Sorgfältige Auswahl der Fälle durch controlled comparison (MSSD/MDSD)
- MSSD: Bei der Fallauswahl wird darauf geachtet, dass sich die Fälle in den Drittvariablen möglichst ähneln, aber in der unabhängigen Variable unterscheiden. Hypothese wird bestätigt, wenn die UV und der AV kovariiert (Controlled comparison von Lijphart)
- MDSD: Drittvariablen sollen möglichst verschieden sein, aber UV und AV sollen immer gleich sein. Ziel ist zu zeigen, dass die sich Kausalität unter allen Umständen bestätigt.
  - o Kritik: Selection Bias.
  - o Lösung: Indirekte Methode der Differenz. Doppelte Anwendung der Methode der Konkordanz.

### Parteien und Parteiensysteme:

- Parteien gehören zusammen mit den Verbänden und den sozialen Bewegungen zum intermediären System. Also dem Bindeglied zwischen dem Politischem System und der Bevölkerung. Parteien sind formell organisiert und wollen Einfluss auch die Politik ausüben und Ämter besetzen.
- Funktionen:
  - o Koordination:
    - Innerhalb des politischen Systems: Innerhalb des Parlaments, zwischen Parlament und Exekutive und zwischen den Ebenen des politischen Systems
    - Innerhalb der Gesellschaft: Als Referenzpunkt für die Bürger und Organisation/Kanalisation der pol. Tätigkeit
    - Zwischen politischem System und der Gesellschaft: Als Transmissionsriemen in beide Richtungen

- Repräsentation
- Rekrutierung des politischen Personals
- Antreten bei Wahlen
- Ziele der Parteien: Office-Seeking, Policy-Seeking, Vote-Seeking
- Historische Ursprünge der Partei:
  - Im Parlament: Gleichgesinnte Politiker schliessen sich zusammen, um besser agieren zu können (Party in office)
  - Ausserhalb des Parlaments: Massenpartei, die den Bürgern Zugang zur Politik sichern soll. (Party on the ground)
- Parteien im Wandel der Zeit (Katz & Mair):
  - Eine Theorie, nicht nur eine Typologie, die den Wandel der Parteien erklären soll. Sie richtet sich vor allem gegen die wiederkehrende These, des Endes der Parteien. Sie geht von einem dialektischen Prozess aus, der den Wandel vorantreibt. Sie besagt, dass nicht das Ende der Parteien eintritt, sondern, dass sie sich vielmehr einfach an die wechselnden Bedingungen anpassen (Ausweitung des Wahlrecht, gesellschaftlicher Wandel und Mediatisierung)
  - Einschränkungen sind, dass sie mit Idealtypen arbeiten, die in der Realität nur in der Tendenz so vorkommen, wie sie beschrieben werden. Weiter kommen in der Realität die Idealtypen parallel vor, und nicht wie beschrieben sequentiell.
  - Elite Partei: Vorherrschender Parteityp in der frühdemokratischen Phase. Entsprang aus dem Parlament. Die Mitglieder entstammen aus der politischen Elite des Landes, in der sich alle persönlich kennen. Die Ressourcen stammen meist aus dem individuellem Reichtum und den persönlichen Netzwerken.
  - Massenpartei: Kommt von ausserhalb des Parlaments. Hat viele Mitglieder. Vertritt meistens die Interessen eines bestimmten Milieus und rekrutiert seine Mitglieder daraus. Hat starke und Hierarchische Organisation.
  - Catch-All Partei: Antwort auf die Massenpartei. Statt ein bestimmtes Milieu explizit zu vertreten, versuchen Parteien möglichst alle/viel Wähler anzusprechen. Statt das Sprachrohr eines Milieus zu sein sind die Parteien vielmehr Broker zwischen Staat und Bevölkerung. Problem dabei ist, dass die Mitgliederzahl sinkt, denn es gibt kein Milieu aus dem sie rekrutiert werden und die identifikation der Individuen mit den Parteien nimmt aufgrund ihres diffusen catch-all Charakters ab. Gleichzeitig steigen aber die Kosten für Wahlkämpfe, weil immer alle Wähler umkämpft sind und die Gesellschaft zunehmend mediatisiert.->Tendenz zu Kartellpartei
  - Kartellpartei: Die Parteien gleichen sich programmatisch an und werden zunehmend von Brokern zum Sprachrohr des Staates. Die etablierten Parteien fangen an ein Kartell aufzubauen, um sich vor dem Risiko des Wählens zu schützen und ihre Ressourcen durch staatliche Unterstützung zu sichern.
  - Anti-Kartell-Partei: Sie treten (mindestens rethorisch) gegen das Kartell an, um es zu Brechen. Mobilisieren Bürger, die von der politischen Elite frustriert sind.
- Parteiensysteme: Parteiensysteme unterscheiden sich hinsichtlich ihrer PartEIFamilien, der Anzahl der Parteien und ihres Verhaltens
- Parteien Zählen:
  - Qualitative Kriterien: Veto-/Koalitionspotenzial
  - Quantitative Kriterien: Es werden immer die Anzahl Parteien und ihre Stärke gemessen
    - Anzahl effektive Parteien (Laakso & Taagepera)
    - Rae's Fractionalization Index
- Parteiensystemtypen:
  - Systeme mit einer dominierenden Partei
  - Zweiparteiensysteme
  - Mehrparteiensysteme
  - Bipolare Mehrparteiensysteme

- Erklärungen für die unterschiedlichen Parteiensysteme:
  - Institutioneller Ansatz: Gesetzt von Duverger
    - Aufgrund von mechanischen wie auch psychologischen Effekten tendieren Majorzwahlen Zweiparteiensysteme hervorzubringen. Bei Proporzwahlssystemen geht die Tendenz in Richtung Mehrparteiensysteme. Stimmt empirisch mehr oder weniger
  - Struktureller Ansatz: Cleavage Theorie von Lipset & Rokkan
    - Zentrum-Peripherie Cleavage: Kultur des Zentrums vs Kultur der Peripherie
      - Regionale, regionalnationalistische, separatistische Parteien vs. Nationale Liberale Parteien
    - Kirche-Staat Cleavage: säkularisierung vs. Privilegien der Kirche
      - Religiöse Parteien
    - Stadt-Land Cleavage: Bauern, Landbevölkerung vs. Industrie/Stadt
      - Agrar- und Bauernparteien.
    - Arbeit-Kapital Cleavage: Arbeiter vs. Grossbürgertum
      - Arbeiterparteien, Sozialdemokraten, Kommunisten
      - Tritt immer auf, die andern nicht.
    - Neure Cleavages:
      - Sozialismus vs. Kommunismus
      - Materialismus vs. Postmaterialismus (Grüne Partei)
      - Globalisierungs Cleavage (nationalpopulistische Parteien)
  - Weitere Faktoren: Partei Strategien etc.

#### Soziale Bewegungen und protest politics:

- Normalisierung des Unkonventionellen
- Was ist eine soziale Bewegung:
  - Ein informelles Netzwerk von Individuen und organisierten Akteuren, die eine gemeinsame/kollektive Identität haben und ein spezifisches Aktionsrepertoire, zu der meist Protest gehört.
    - Informationspolitik
    - Protespolitik (kann demonstrativ, konfrontativ oder gewalttätig sein)
- Weil die sozialen Bewegungen im Gegensatz zu den Verbände und den Parteien keinen direkten Zugang zum politischen System haben, müssen sie von der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erhalten. Das Problem dabei ist, dass die öffentliche Aufmerksamkeit Begrenzt ist und ein harter Wettbewerb um diese Aufmerksamkeit herrscht. Um die Öffentlichkeit doch von seinen Anliegen zu überzeugen müssen sie 2 Ziele erreichen:
  - Sichtbarkeit. Standing (also in den Medien präsent sein. Nachrichtenwerte sind: Originalität, Masse, Radikalität)
  - Legitimität. Mit Framing wird das Publikum überzeugt, dass die Anliegen berechnete Forderungen sind.
  - Sichtbarkeit+Legitimität=politischer Einfluss
- Weshalb entstehen soziale Bewegungen?
  - Klassisches Model: Sozialen Bewegungen entstehen, wenn die soziale Ordnung zusammenbricht. Die Individuen sind dann verstört und protestieren. Somit sind soziale Bewegungen ein Krisenzeichen. Kritik: Zwar ist Individuelle Unzufriedenheit eine notwendige Bedingung, aber noch lange nicht eine hinreichende. Unzufriedenheit ist allgegenwärtig, aber soziale Bewegungen sind es nicht. Es ignoriert weiter auch die kollektive Identität der soz. Bewegungen.
  - Ressourcenmobilisierungsmodel: Ob eine soz. Bewegung entsteht hängt davon ab wie gut sie Zugang zu den kritischen Ressourcen hat, denn Unzufriedenheit gibt es immer. Soziale Bewegungen sind nur eine weitere Form von rationalem politischem Handeln. Mögliche Ressourcen sind: Organisation (Führung), Solidarität und externe Unterstützung.

- Politisches Prozess Modell: Weiterentwicklung des Ressourcenmobilisierungsmodells
  - Politischer Kontext: Chancen und Beschränkungen
  - Subjektive Bedeutung: Kognitive Befreiung und framingprozesse sind wichtig.
  - Kriesi stellt es in einen konzeptuellen Rahmen.
- Erklärungen für die Unterschiede in den verwendeten Protestformen: Offenheit des Politischen Systems: politische Institutionen und der Umgang der politischen Elite mit den SB (integrativ oder Repressiv) beeinflussen, ob eine Bewegung Radikalisiert oder gemässigt wird.
- Kriesi (1995) Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten.
  - Auf der Linken: Der Grad der Befriedung der alten Konfliktlinien beeinflusst, ob neue Soziale Bewegungen die neuen Konflikte auf die Agenda bringen können. Weiter ist von Einfluss, ob Parteien wie die Sozialdemokraten in der Regierung oder in der Opposition sind. Sind sie in der Opposition pushen sie die NSB, um ihre Anliegen (die oft geteilt werden) durchzusetzen, sind sie jedoch in der Regierung haben sie keinen Grund dazu. Weiter nimmt die Mobilisierungskraft der NSB, denn es kümmert sich ja gewissermassen schon jemand in der Regierung um diese Anliegen.
  - Auf der Rechten: Sie sind keine Gegenreaktion auf die NSB. Ihre Stärke wird durch die Strategie, der etablierten Rechten ihnen gegenüber beeinflusst. Werden sie von der etablierten Rechten gemieden und Koalitionen mit ihnen werden tabuisiert, so bleiben sie ein Nischenphänomen. Werden sie von der etablierten Rechten jedoch instrumentalisiert, z.B. in Sinne, dass sie berechnete Forderungen stellen, z.B. um der Regierung Geständnisse Richtung rechtsabzugewinnen so machen sie die Rechtsradikalen Salonfähig und wählbar für die breite Masse. Auch der Grad der Ideologischen Nähe zwischen der Radikalen Rechten und der etablierten Rechten ist ausschlaggebend. Hat die etablierte Rechte gewisse ähnliche Forderungen/Agendas wie die RR, so kann die RR nicht über ihre Nische hinauswachsen, weil alles in Richtung Mitte schon von der etablierten Rechten abgedeckt wird.

#### Politische Kommunikation:

- In der PW können wir Medien aus 2 Perspektiven betrachten:
  - Medien als Brille: Alles was wir über die Politik wissen, wissen wir durch die Medien.
  - Medien als Arena: Kampf um die Massenmediale Aufmerksamkeit.
- Legitimität + standing= Politischer Einfluss
- Wirkung politischer Kommunikation
  - Agenda Setting (what to think about)
    - Medien bestimmen nicht was wir denken, aber worüber wir nachdenken.
    - Hohe Korrelation der Public Agenda mit der Media Agenda.
    - Wahlkampf als Agenda Setting: Es ist nicht wichtig, ob die Medien positiv oder negativ über etwas berichten, sondern wieviel sie davon Berichten. Deshalb versuchen die Politiker ,ihre' Issues in den Medien zu thematisieren.
      - Issue Ownership
  - Framing/Frames (how to think about an Issue)
    - Ordnen und strukturieren kognitive Schemata, welche die Wahrnehmung anleiten
    - Sie fokussieren auf bestimmte Aspekte und blenden gewisse Themen aus.
    - Tragen gewissen implizite Vorannahmen und Bewertungsmaßstäbe mit sich.
    - Favorisieren gewisse Policies/Optionen
    - Episodische vs. Thematische Frames
    - Politik als Framing Contest.
- Mediensysteme: Typologie von Hallin/Mancini
  - 4Dimensionen:
    - Professionalisierung
    - Struktur des Pressemarktes (Massenmedien ja/nein?)
    - Rolle des Staates

- Politischer Parallelismus
  - 3 Idealtypen:
    - Pluralistisch-Polarisiert (mediterran)
    - Demokratisch Korporatistisch (Nordeuropäisch)
    - Liberal (nordatlantisch)
  - Kritik: Berücksichtigt nur die Presse und nicht die Digitale Ära. Pressefreiheit ist keine Variable. Die Indikatoren sind nicht klar definiert. USA und UK passen unmöglich in den gleichen Topf
- Politische Kommunikationskultur (Pfetsch)
  - 2 Dimensionen
    - Nähe zu den Parteien
    - Dominiert die Medienlogik oder die politische Logik
  - 4 Idealtypen:
    - PR-Dominierte pol. KK
    - Medienorientierte pol. KK
    - Parteipolitische pol. KK
    - Strategische pol. KK

		<b>Selbstbild (Kommunikationsrollen und Normen)</b>	
		Große Distanz zwischen politischen Sprechern und Journalisten	Geringe Distanz zwischen politischen Sprechern und Journalisten
Output der politischen Kommunikation (Ausrichtung der politischen Öffentlichkeitsarbeit)	Dominanz der Medienlogik (Medienaufmerksamkeit als primäres Ziel)	medienorientierte politische Kommunikationskultur	PR-orientierte politische Kommunikationskultur
	Dominanz der politischen Logik (politische Herrschaft als primäres Ziel)	strategische politische Kommunikationskultur	(partei)politische Kommunikationskultur